

# CHECK UP

ZUR DENNER-MEDIZIN

DEZEMBER 1/2000



**Prof. Felix Gutzwiller, Präventivmediziner, Nationalrat FDP**

Am 4. März 2001 werden wir über eine weitere Initiative aus dem Hause Denner abstimmen. Wie bereits bei der Denner-Spalkosten-Initiative geht es auch bei der Initiative mit dem irreführenden Titel «für tiefere Arzneimittelpreise» um falsche Rezepte für unser Gesundheitswesen. Die Initiative würde mit ihren radikalen Massnahmen unter anderem zur Zwangsverschreibung und zu einem Verlust von Qualität und Sicherheit in der Medizin führen. Dies auf Kosten von Patientinnen und Patienten.

Die Initiative verlangt, dass die in Deutschland, Italien, Frankreich und

Österreich zugelassenen Medikamente ohne eigenes Zulassungsverfahren auch in der Schweiz auf den Markt gelangen können. Zudem fordert die Initiative, dass beim Verkauf von Medikamenten Generika (Nachahmerpräparate) statt Originalpräparate abgegeben werden müssen. Die radikalste Massnahme besteht darin, dass, falls mehrere Medikamente vorhanden sind, in jedem Fall das billigste Medikament abgegeben werden muss. Damit würde in der Schweiz die Zwangsverschreibung eingeführt. Der Arzt dürfte folglich zu Lasten der Grundversicherung nicht mehr das wirksamste Medikament für den Patienten verschreiben, sondern er wäre gezwungen, immer das billigste Produkt abzugeben.

## «Denner-Medizin bringt medizinischen Rückschritt und Qualitätsabbau»

Die Denner-Medizin-Initiative nimmt keine Rücksicht darauf, ob der Verzicht auf ein bewährtes Medikament zu Zusatzrisiken für den Patienten führt oder ob die Gefahr von Nebenwirkungen besteht. Viele Patienten müssten deshalb wegen der Denner-Medizin-

Initiative einen massiven Verlust an Qualität und Sicherheit bei ihrer Behandlung hinnehmen. Da künftig nur noch das billigste Produkt von den Kassen vergütet würde, könnten sich nur noch wohlhabende Personen neuere und effizientere Medikamente leisten. Diese Entwicklung ist gefährlich, denn sie führt zu einer Zweiklassen-Medizin auf Kosten von sozial Schwächeren und von Langzeitpatientinnen und -patienten.

Schliesslich hat die Denner-Initiative zur Folge, dass neue, innovative Medikamente praktisch nicht mehr verschrieben werden können. Somit verweigert die Initiative Arzt und Patient den medizinischen Fortschritt und die beste Behandlung. Die Schweiz stellt hohe Qualitäts- und Sicherheitsansprüche an Medikamente. Die Denner-Initiative bedeutet mit ihren radikalen Forderungen eine Abkehr von wesentlichen Grundsätzen der Gesundheitspolitik. Eine Abkehr vom Recht jedes Patienten auf die bestmögliche Behandlung, eine Abkehr von der Solidarität ohne Zweiklassen-Medizin und eine Abkehr von Qualität und Sicherheit in der Medizin.

## Inhalt

1 Wer steht hinter der Initiative?

2 Die Haltung von Bundesrat und Parlament

3 Die wichtigsten Folgen für Patientinnen und Patienten

4 Statements: Darum «nein»

6



# Wer steht hinter der Denner-Medizin-Initiative?



Die Denner-Medizin-Initiative wurde von Denner-Chef Karl Schweri am 12. August 1997 lanciert und am 12. Dezember 1997 bei der Bundeskanzlei eingereicht. Dem Initiativkomitee gehören sechs weitere Mitglieder an, die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind und alle aus dem unmittelbaren Umfeld des Denner-Discounters respektive von Karl Schweri stammen.



**Die Volksinitiative lautet angepasst an die Bundesverfassung vom 18. April 1999:**

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

**Art. 117 Abs. 3**

Die in den Nachbarstaaten Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich mit Rezept oder rezeptfrei zum Verkauf bei Ärztinnen und Ärzten, Apotheken, Spitälern, Drogerien oder anderen Geschäften zugelassenen Medikamente als Originalpräparate oder Generika sind in gleicher Weise mit Rezept oder rezeptfrei auch bei Ärztinnen und Ärzten, Apotheken, Spitälern, Drogerien oder anderen Geschäften in der Schweiz zugelassen, ohne dass es für die Schweiz einer besonderen Bewilligung bedarf.

Soweit rezeptpflichtige oder rezeptfreie Medikamente zum Verkauf gelangen, sind Generika abzugeben, sofern solche vorhanden sind oder sofern die Patientin oder der Patient das Präparat nicht selbst bezahlt.

Soweit Originalpräparate und Generika durch die Krankenkassen zu bezahlen sind, sind an die Patientinnen und Patienten die preisgünstigsten Produkte abzugeben, entsprechend der jedes Jahr veröffentlichten Liste der vom Bund anerkannten Krankenversicherer.

## Die bessere Lösung: Zwei Alternativen von Bundesrat und Parlament

### Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG)

Mit der 1. Revision des KVG, die am 1. Januar 2001 in Kraft tritt, ist in Art. 52a das Substitutionsrecht des Apothekers oder der Apothekerin eingeführt worden. Mit dem Substitutionsrecht dürfen Apotheker und Apothekerinnen neu das vom Arzt verschriebene Originalpräparat durch ein billigeres Generikum ersetzen, falls der Arzt nicht ausdrücklich die Abgabe des Originalmedikaments verlangt.

### Das neue Heilmittelgesetz (HMG)

Das neue Heilmittelgesetz (HMG) sieht zusätzliche Wettbewerbsmassnahmen dort vor, wo keine Zusatzrisiken für die Bevölkerung entstehen. Dies gilt beispielsweise für die Zulassung des Parallelimports bei patentabgelaufenen Medikamenten. Das HMG soll für Qualität und Sicherheit in der Medizin bürgen und gleichzeitig durch Marktelemente einen Beitrag zu möglichst günstigen Medikamentenpreisen leisten.

# Die Haltung von Bundesrat und Parlament

## Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab

In seiner Botschaft zuhanden der eidgenössischen Räte vom 12. Mai 1999 empfiehlt der Bundesrat, die Initiative ohne direkten Gegenvorschlag Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Gleichzeitig verlangte er, der Initiative die Revision des Krankenversicherungsgesetzes sowie das neue Heilmittelgesetz als indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Im National- und Ständerat erhielt die Initiative von keiner Seite Unterstützung und wurde klar verworfen.

## Die Argumente des Bundesrats gegen die Initiative

Der Bundesrat erachtet die in der Initiative vorgeschlagenen Massnahmen als ungeeignet, weil sie weit über das Ziel «die Verbilligung der Arzneimittel» hinausschiessen und mit schwerwiegenden Nachteilen verbunden sind. Er lehnt die Initiative aus folgenden Gründen ab:

- Eine einseitige Anerkennung der Zulassung von Arzneimitteln aus den Nachbarstaaten der Schweiz könnte schwerwiegende Auswirkungen auf die Arzneimittel- und damit die Patientinnen- und Patientensicherheit haben.
- Die bewilligungsfreie Zulassung führt nur bedingt zu einer Senkung der Schweizer Arzneimittelpreise. Sie ermöglicht zur Hauptsache Importgewinne für den Zwischenhandel, die nicht zwingend an das Publikum weitergegeben werden müssen.
- Der Zwang zur Abgabe von Generika (Substitutionszwang) stellt zudem einen schweren Eingriff in die Therapiefreiheit und -verantwortung

der Ärztinnen und Ärzte und in ihr Verhältnis zu den Patientinnen und Patienten dar.

## Die Initiative erhielt auch in beiden Räten schlechte Noten. Hier einige Voten aus der Debatte:

### Nationalrat Jost Gross, SP TG

«Die Schwachstellen dieser Initiative sind bekannt. Wir können nicht einseitig auf einige wenige ausländische Bewilligungssysteme abstellen, beispielsweise nicht alle EU-Staaten einbeziehen. Wir können die grundlegenden Sicherheitsinteressen der Patienten nicht einfach negieren und nichts dazu sagen. Wir brauchen eine gegenseitige Anerkennung von Bewilligungssystemen, und wir brauchen bei der Substitution von Generika den ausdrücklichen Vorbehalt der gleichwertigen Wirkung der Medikamente.»

### Nationalrat Hugo Fasel, Grüne FR

«Die Initiative ist nach einem sehr einfachen – um nicht zu sagen primitiven – Strickmuster produziert worden.»

### Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist, FDP AG

«Es ist unsinnig, wenn alle Arzneimittel, die in unseren unmittelbaren Nachbarstaaten mit oder ohne Rezept zum Verkauf zugelassen sind, ohne schweizerische Bewilligung auch in der Schweiz verkauft werden dürfen. Es ist unsinnig, dass die Ärzte und Apotheker dazu verpflichtet werden sollen, Generika in jedem Fall abzugeben, und es ist unsinnig, dass in jedem Fall zu Lasten der Krankenversicherung nur noch das



billigste Arzneimittel eingesetzt werden darf.»

### Nationalrat Hans Werner Widrig, CVP SG

«Die Initianten haben noch nie eine Ente aufs Wasser gesetzt, die dann auch geschwommen wäre.»

## Resultate der Schlussabstimmung zur Denner-Medizin-Initiative:

### Ständerat (8. Juni 2000)

Denner-Initiative Ja	0
Denner-Initiative Nein	36

### Nationalrat (8. Juni 2000)

Denner-Initiative Ja	0
Denner-Initiative Nein	76

# Die wichtigsten Folgen der Denner-Medizin-Initiative

## Die Initiative führt zur Zwangsverschreibung

Mit der Denner-Medizin-Initiative wird dem Patienten zu Lasten der Grundversicherung nicht mehr das wirksamste, sondern nur noch das billigste Medikament vergütet. An erster Stelle steht somit künftig nicht mehr die bestmögliche Behandlung des Patienten und sein Wohlbefinden, sondern einzig und allein der Zwang für den Arzt, in jedem Fall das billigste Produkt verschreiben zu müssen. Damit greift die Initiative in das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient ein. Das Absetzen eines bewährten und erfolgreichen Medikaments kann zudem die Gesundheit von Patientinnen und Patienten beeinträchtigen.

## Die Initiative führt zu einem Verlust von Qualität und Sicherheit bei der Behandlung

Die Schweiz stellt hohe Sicherheits- und Qualitätsansprüche an Medikamente und hat einen hohen Standard im Gesundheitswesen. Gemäss dem Denner-Rezept würde in Zukunft von den Kassen immer nur das billigste und nicht das qualitativ beste Medikament bezahlt. Dies bedeutet für viele Patientinnen und Patienten einen Verlust von Qualität und Sicherheit bei der Behandlung ihrer Krankheit. Zudem würde die Initiative zu einer Aufgabe der eigenständigen Schweizer Heilmittelkontrolle, ebenfalls zu Lasten der Patientensicherheit führen.

Das billigste ist nicht immer gut genug!



### Asthma-Patient K. (9): Qualitätsabbau und geringere Lebensqualität

Der Asthma-Patient K. behandelt seine chronische Krankheit erfolgreich mit einem innovativen Medikament, das den Wirkstoff «Formoterol» enthält. Dank der langen Wirkungszeit dieses Medikamentes von zwölf Stunden können er und seine Eltern die Nacht problemlos durchschlafen. Mit der Denner-Initiative müsste der Patient auf ein billigeres Produkt mit dem für ihn schlechteren Wirkungsprofil der Substanz «Salbutamol» umsteigen. Dieses ältere Produkt wirkt aber nur während ca. drei Stunden. Der Asthma-Patient K. wäre somit gezwungen, das Produkt mehrmals pro Nacht einzunehmen. Dies bedeutet für K. einen Qualitätsabbau bei seiner Behandlung und eine Verschlechterung der Lebensqualität für ihn und seine Eltern.

Senden an: Politisches Komitee «Nein zur Denner-Medizin»  
 Postfach 218, 3000 Bern 15, [http: www.dennermedizin-nein.ch](http://www.dennermedizin-nein.ch)  
 Faxen an: 031 352 94 83

_____	Anz. dieser Publikation	_____	Anz. Folder
_____	Anz. Broschüre	_____	Anz. Kurzargumentation
_____	Name	_____	Vorname
_____	Adresse	_____	
_____	PLZ	_____	Ort
_____	Telefon	_____	E-Mail

C H E C K U P BESTELLTALON

# Die Initiative führt zum medizinischen Rückschritt



## Die Initiative führt zum medizinischen Rückschritt für Patientinnen und Patienten

Mit der Denner-Medizin-Initiative können zu Lasten der Grundversicherung neue, innovative Medikamente praktisch nicht mehr verschrieben werden. Damit würde Patientinnen und Patienten der medizinische Fortschritt verweigert. Der Zwang zur Abgabe des

billigsten Produktes bedeutet für viele einen medizinischen Rückschritt. Zudem leistet die Forschung in der Schweiz dank ihren Innovationen einen grossen Beitrag zum hohen Standard unseres Gesundheitswesens. So kann mit neuen, effizienteren Medikamenten in gewissen Fällen ein operativer Eingriff vermieden werden. Davon sollten Patientinnen und Patienten auch in Zukunft profitieren können.

## Die Initiative führt zur Zweiklassen-Medizin

Die Denner-Initiative führt in der Schweiz zu Patienten 1. und 2. Klasse. Da die Initiative verlangt, dass künf-

tig nur noch das billigste Produkt von der Kasse bezahlt wird, müsste sich ein grosser Teil der Patientinnen und Patienten mit der Denner-Medizin begnügen. Wohlhabende Personen hingegen könnten sich weiterhin das beste und wirksamste Medikament leisten. Diese Billig-Medizin trifft nebst den sozial Schwächeren vor allem auch Langzeitpatientinnen und -patienten, da viele auf ihr bewährtes Medikament verzichten müssten.

**Für viele bringt das Denner-Rezept einen Behandlungsrückschritt!**

Ne pas affranchir  
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta  
Envoi commercial-réponse

Politisches Komitee  
«Nein zur Denner-Medizin»  
Postfach 218  
CH-3000 Bern 15

## Rheuma-Patientin P. (52): Gesundheitliche Risiken

Die Rheuma-Patientin P. erzielt dank dem neuen Wirkstoff «Celecoxib» einen guten Behandlungserfolg. Nach Annahme der Denner-Medizin-Initiative müsste sie die Behandlung mit diesem Medikament abbrechen und auf ein billigeres Produkt wechseln, das von der Kasse vergütet würde. Der darin enthaltene Wirkstoff «Diclofenac» weist aber eine wesentlich schlechtere Magenverträglichkeit auf und kann sogar zu Magenblutungen führen. Sie müsste zusätzliche gesundheitliche Risiken in Kauf nehmen. Der Abbruch ihrer erfolgreichen und bewährten Behandlung ist für die Rheuma-Patientin ein Verlust an Qualität und Sicherheit und kann ihr Wohlbefinden und ihre Lebensqualität wesentlich verschlechtern. Da zur Verminderung des Risikos für Magenblutungen das billigere Produkt oft zusammen mit einem anderen, teuren Medikament mit dem Wirkstoff «Omeprazol» verschrieben wird, bringt der Medikamentenwechsel unter dem Strich gar keine Einsparungen und ist damit, was die Kosten für die Krankenkassen betrifft, sogar kontraproduktiv. ~

Das politische Komitee «Nein zur Denner-Medizin» ist ein überparteiliches, breit abgestütztes Komitee bestehend aus nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern.

### Herausgeber:

Politisches Komitee «Nein zur Denner-Medizin»  
Postfach 218, CH 3000 Bern 15  
[www.dennermedizin-nein.ch](http://www.dennermedizin-nein.ch)

# Statements zur Initiative



**Margrit Kessler,**  
**Präsidentin**  
**Stiftung**  
**Schweiz.**  
**Patienten-**  
**und Ver-**

## sicherten-Organisationen (SPO)

Jeder Patient hat ein Recht auf beste Behandlung seiner Krankheit. Mit der Denner-Initiative wird der Arzt aber gezwungen, zu Lasten der Grundversicherung immer das billigste Medikament zu verschreiben. Deshalb bekommt die Patientin mit der Diagnose Brustkrebs nicht mehr das wirksamste, sondern das billigste Cytostatikum. Will sie weiterhin das wirksamste Medikament, muss sie es selbst bezahlen. Diese Zwangsverschreibung benachteiligt viele Patientinnen und Patienten und bedeutet einen medizinischen Rückschritt und eine Zweiklassen-Medizin. Das ist ethisch nicht akzeptabel.



**Dr. med.**  
**Erich**  
**Steinmann,**  
**Präsident**  
**der Luzerner**  
**Ärztesell-**  
**schaft**

Da die Kassen mit der Denner-Medizin-Initiative immer nur das billigste Medikament vergüten dürften, würden neuere und effizientere Medikamente praktisch nicht

verschrieben. Damit verweigert die Initiative Patientinnen und Patienten die beste Behandlung und den medizinischen Fortschritt.



**Dr. pharm. Max**  
**Brentano-**  
**Motta,**  
**Präsident**  
**des Schweiz.**  
**Apotheker-**  
**verbandes**

Da mit der Denner-Initiative nur noch das billigste Medikament von der Krankenkasse vergütet wird, das unter Umständen nur im Ausland zugelassen ist, kann die Qualität des Medikaments durch die Apotheker nicht mehr zuverlässig beurteilt werden. Nur wohlhabende Personen könnten sich dank Zuzahlung die wirksamsten Medikamente weiterhin leisten. Damit würde in der Schweiz die Zweiklassen-Medizin eingeführt, was eine Abkehr von der solidarischen Krankenversicherung und von der Qualitätsmedizin bedeutet.



**Dr. med.**  
**Walter Grete,**  
**Präsident**  
**der Zürcher**  
**Ärztesell-**  
**schaft**

Ein staatlicher Zwang zum Wechsel eines bewährten Heilmittels wäre für Kranke mit



Sicherheitsrisiken und Nebenwirkungen verbunden. Mit der Denner-Initiative müssten viele Langzeitpatientinnen und -patienten einen Medikamentenwechsel durchstehen und dabei unnötig Risiken und Nebenwirkungen auf sich nehmen – ein gefährliches und letztlich auch teures Unterfangen!



**Lucie**  
**Trevisan,**  
**Apothekerin,**  
**Neubad-**  
**Apotheke**  
**Basel**

Die Schweiz stellt hohe Qualitätsanforderungen an Medikamente. Im Vordergrund steht dabei die Sicherheit der Patientinnen und Patienten. Die Denner-Medizin-Initiative bringt den Zwang für Ärzte und Apotheker, bei kassenpflichtigen Arzneimitteln in jedem Fall das Billigst-Produkt abgeben zu müssen ohne Berücksichtigung dessen, was die beste Behandlung wäre. Dies kann nicht das Rezept für die Gesundheit der Patientinnen und Patienten sein.



Politisches Komitee «Nein zur Denner-Medizin»  
Postfach 218, 3000 Bern 15  
[www.dennermedizin-nein.ch](http://www.dennermedizin-nein.ch)